

Der Ausschussvorsitzende begrüßte Frau Decking und Herrn Hein von der RSAG. Zunächst stellte Herr Hein durch eine Powerpoint-Präsentation dar, wie sich das Gelände gestaltet und wie die Deponie in die Landschaft eingebunden ist. Er verwies auf die am 10.02.2010 stattgefunden Besichtigung des RSAG-Geländes durch die Mitglieder des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses. Er teilte mit, dass die während seines Vortrages laufende Präsentation auch im Internet eingestellt sei.

Herr Puffe bedankte bei Herrn Hein für die Präsentation und erklärte, dass die CDU grundsätzlich keine Bedenken gegen die Erweiterung habe. Jedoch werde man einige Anregungen und Bitten auf den Weg geben. Bezüglich der an- und abfahrenden Verkehre sei seine Bitte an die RSAG, ihre Kunden auf die bestehende Zufahrt über die Autobahn hinzuweisen. Die im Bereich der Ölgartenstraße angelegten Biotope seien beschädigt und er bittet um Beseitigung der Schäden. Aus dem Friedensvertrag heraus sei die alte Wegeverbindung zwischen Niederpleis und Buisdorf festgeschrieben. Man sei sich einig, dass diese im laufenden Betrieb der Anlage aber nicht wieder hergestellt werden könne. Bezüglich des im Friedensvertrag eingestellten Betrages erwarte man einen Sachstandsbericht. Auch sei wichtig, die weitere Ausbauplanung der Anlage in einem zukünftigen Vertrag festzulegen.

Auch Herr Karp teilte für seine Fraktion mit, dass die SPD dem Antrag zustimmen werde, aber unter der Prämisse der Installierung einer Filteranlage und dass durch die Erweiterung der Mineralstoffdeponie Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden.

Für die FDP meinte Herr Züll, dass seine Fraktion schon frühzeitig keine Probleme für die Erweiterung und Erhöhung gesehen habe.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führte aus, dass seine Fraktion einer Erweiterung zunächst skeptisch gegenüber stand, die bisherigen Beratungen aber verdeutlicht haben, dass es sich um eine sinnvolle Maßnahme handeln würde. Daher stimme man grundsätzlich zu, allerdings mit dem Auftrag an die Verwaltung, die von den Fraktionen genannten Dinge festzuschreiben.

Auch Herr Leidorf signalisierte für seine Fraktion Aufbruch! die Bereitschaft, der Maßnahme zuzustimmen.

Danach erteilte der Ausschussvorsitzende Frau Decking das Wort, die sich für die von den Fraktionen gemachten Anregungen bedankte. Man werde diese weiterverfolgen. Bezüglich der Radwegeverbindung seien erste Gespräche aufgenommen worden. Sie sei der Meinung, dass man den Friedensvertrag verschlanken sollte, da vieles nicht mehr relevant erscheine. Bezüglich der Biotope sagte sie zu, das Anliegen kritisch zu prüfen. Man werde aber dem Begehren nicht nachkommen können, wenn die RSAG dazu nicht verpflichtet sei. Daher könne sie heute diesbezüglich keinen konkreten Zusagen machen, sei aber dankbar, seitens der Verwaltung hierzu Näheres mitgeteilt zu bekommen. Bezüglich der Zufahrt machte Frau Decking die Zusage, eine Verkehrszählung durchführen zu lassen um festzustellen, wie viele ihrer Kunden nicht den empfohlenen Weg über die Autobahn nehmen.

Herr Gleß fasste die Aussprache zusammen und stellte fest, dass die RSAG einen positiven Beschluss erwarten kann. Um zukünftig nicht mit jedem Ansinnen der RSAG in die politische Diskussion zu kommen stelle er sich vor, dass neben der heutigen Zustimmung sodann ein

Vertragswerk entwickelt wird, mit dem die Zukunft des Entsorgungsparks festgezurrt wird. Der Friedensvertrag sollte aber nicht außer Kraft gesetzt werden, obwohl er nicht sakrosankt sei. Ihm schwebte vor, ergänzend zum Friedensvertrag ein weiteres flexibles und modellierbares Vertragswerk zu erstellen. Dieses solle die Pläne für das RSAG-Gelände der nächsten Jahre beinhalten. Eine Beratung und Beschlussfassung über dieses Vertragswerk sei hier im Ausschuss erforderlich.

Da nach Befragung des Ausschussvorsitzenden kein Widerspruch aus den Reihen der Fraktionen zu dem Vorschlag von Herrn Gleß kam, bat der Ausschussvorsitzende, dass die Verwaltung so verfare. Danach fasste der Ausschuss folgenden Beschlussvorschlag: